

**Ergebnisprotokoll
der Sitzung der städtischen Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung,
Energie und Landwirtschaft vom 02.11.2017**

Beginn: 16:00 Uhr

Ende: 17:35 Uhr

Anwesende: I Deputation

1. vom Senat

Herr Senator Dr. Lohse
Herr Staatsrat Meyer
Herr Staatsrat Deutschendorf

**2. von der Bürgerschaft
SPD-Fraktion**

Herr Crueger
Frau Schiemann
in Vertretung für Herrn Senkal
Frau Sprehe
Herr Pohlmann

CDU-Fraktion

Frau Neumeyer
Herr Scharf
Herr Strohmann

**Fraktion
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**

Herr Saxe
Herr Bücking

Die Linke

Frau Bernhard

FDP-Fraktion

Herr Buchholz

II Verwaltung

Herr Viering
Frau Prof. Dr. Reuther
Frau Kamp
Herr Polzin
Herr Dr. Sünemann
Herr Imholze
Frau Nanninga
Herr Eickhoff
Frau Cordes
Frau Zimmermann
Frau Pieper
Herr Sauer
Herr Donaubaer

Der Senator für Umwelt, Bau und
Verkehr

Amt für Straßen und Verkehr

Bauamt Bremen Nord

III Gäste

Herr Becker

Umweltschutzamt Bremerhaven

IV Gastdeputierte

Herr Hamann
Frau Schiemann
Herr Saffe
Frau Dr. Schaefer
Herr Imhoff
Herr Schwarz
Herr Schomaker
Herr Janßen

SPD-Fraktion
SPD-Fraktion
Fraktion B'90/ Die Grünen
Fraktion B'90/Die Grünen
CDU-Fraktion
CDU-Fraktion
FDP-Fraktion
Fraktion DIE LINKE

Herr Pohlmann begrüßt die Mitglieder und Gäste der 22. Sitzung der staatlichen Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft.

TOP 1	Genehmigung der Tagesordnung	
--------------	-------------------------------------	--

Beschluss:

Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft stimmt der vorgelegten Tagesordnung zu.

TOP 2	Genehmigung von Protokollen <ul style="list-style-type: none">• Protokoll der 20. Sitzung vom 17.08.2017• Protokoll der 21. Sitzung vom 14.09.2017	
--------------	--	--

Beschluss:

Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft stimmt den vorgelegten Protokollen zu.

Einstimmig

TOP 3	Liste der abzuarbeitenden Aufträge aus den Sitzungen der Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft sowie der Bremischen Bürgerschaft -02-	L/S
--------------	---	-----

Siehe auch Protokoll der staatlichen Sitzung der Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft vom 02.11.2017.

Beschluss:

Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft stimmt der vorgelegten Liste der abzuarbeitenden Aufträge aus den Sitzungen der Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie sowie der Bremischen Bürgerschaft zu.

TOP 4	Bebauungsplan 2486 für ein Gebiet zwischen Senator-Apelt-Straße, bestehender Vorfluter, Senator-Blase-Straße und Senator-Mester-Straße (Bearbeitungsstand: 18.10.2017) -FB 01-	Vorlage 19/325
--------------	---	----------------

Beschluss:

1. Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft stimmt dem Entwurf des Bebauungsplans 2486 für ein Gebiet zwischen Senator-Apelt-Straße, bestehendem Vorfluter, Senator-Blase-Straße und Senator-Mester-Straße (Bearbeitungsstand: 18.10.2017) einschließlich Begründung zu.
2. Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft fasst den Beschluss, dass der Bebauungsplan 2486 für ein Gebiet zwischen Senator-Apelt-Straße, bestehendem Vorfluter, Senator-Blase-Straße und Senator-Mester-Straße (Bearbeitungsstand: 18.10.2017) einschließlich Begründung gemäß § 3 Abs. 2 BauGB öffentlich auszulegen ist.

Einstimmig

TOP 5	Ortsgesetz über die Verlängerung der Geltungsdauer des 165. Ortsgesetzes über eine Veränderungssperre nach dem Baugesetzbuch für das Flurstück 90/5 (Kirchhuchtinger Landstraße 30) im Geltungsbereich des Bebauungsplanes 2474 in Bremen - Huchting -FB 01-	Vorlage 19/326
--------------	--	----------------

Beschluss:

Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft stimmt dem Ortsgesetz über die Verlängerung der Geltungsdauer des 165. Ortsgesetzes über eine Veränderungssperre nach dem Baugesetzbuch für das Flurstück 90/5 (Kirchhuchtinger Landstraße 30) im Geltungsbereich des Bebauungsplans 2474 in Bremen-Huchting zu.

Einstimmig

TOP 6	Bebauungsplan 2508 für ein Gebiet in Bremen - Horn-Lehe zwischen Lilienthaler Heerstraße und Im Hollergrund (Bearbeitungsstand 15.09.2017) - Planaufstellungsbeschluss -FB 01-	Vorlage 19/330
--------------	---	----------------

Herr Bücking begrüßt, dass hier der Versuch gemacht werde, dieses Ensemble über die Zeit zu retten und gleichzeitig entwicklungsfähig zu machen.

Herr Strohm erklärt, dass die CDU den Bebauungsplan ablehnen werde, weil dieser eine gewisse Bevormundung der Eigentümer und Eigentümerinnen darstelle, denen dadurch eine qualitative Entwicklungsmöglichkeit genommen werde.

Herr Pohlmann weist darauf hin, dass der Beirat Horn-Lehe sich ausdrücklich dafür entschieden habe. Die historische Rote Siedlung sei wirklich erhaltenswert.

Herr Buchholz folgt dem Votum seines Beiratskollegen, der den Bebauungsplan für ein Hindernis für mögliche Ausbaumaßnahmen und die Erstellung neuen Wohnraums hält und lehnt ebenfalls ab.

Beschluss:

Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft fasst den Beschluss, dass für das im Übersichtsplan bezeichnete Gebiet in Bremen-Horn-Lehe zwischen Lilienthaler Heerstraße und Im Hollergrund ein Bebauungsplan aufgestellt werden soll. Die Planung soll im Grundsatz die in der Deputationsvorlage enthaltenen Ziele und Zwecke verfolgen.

Zustimmung

gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU und der FDP

TOP 7	Vorhabenbezogener Bebauungsplan 127 (Vorhaben- und Erschließungsplan) für die Errichtung einer Kindertagesstätte auf dem Grundstück Woltmershauser Straße 450 - 454, Blockinnenbereich zwischen Goosekamp, auf dem Bohnenkamp, Huchtinger Straße und Woltmershauser Straße in Bremen-Woltmershausen (Bearbeitungsstand: 06.10.2017) - Absehen von einer erneuten öffentlichen Auslegung - Bericht der Deputation	Vorlage 19/332
--------------	---	----------------

Herr Buchholz erklärt, dass die Beiratsvertreterin seiner Fraktion mit dem Standort Roter Sand eine Alternative sehe und er daher die Vorlage ebenfalls ablehnen werde.

Frau Bernhard führt aus, dass sie zwar persönlich den Einwendungen nichts abgewinnen könne, ihre Beiratsfraktion dies aber anders sehe. Daher werde sie sich enthalten.

Herr Imhoff betont, dass die CDU den Kita- Ausbau grundsätzlich unterstütze. Trotzdem müsse jede Einzelmaßnahme geprüft und die Menschen vor Ort mitgenommen werden. Die Anwohner*innen würden nicht verstehen, warum gerade an diesem Platz eine Kita gebaut werden solle. Ihre Fragen seien anscheinend nicht ausreichend genug erörtert worden und Alternativvorschläge wurden von der Verwaltung nicht wirklich in Erwägung gezogen. Zudem war der Beiratsbeschluss nicht eindeutig gewesen. Daher werde sich die CDU-Fraktion enthalten.

Herr Bücking kommt nach intensivem Studium der Stellungnahmen aus der Öffentlichkeit und auch der Planung und der Stellungnahme der Verwaltung zu dem Ergebnis, diesem Vorhaben- und Erschließungsplan zu zustimmen. Man brauche diese Kitaplätze in Woltmershausen. Die Grundstücksgrößen und die Abstände zu den Gebäuden entsprächen dem Ortstypischen. Es sei zwar verständlich, dass die Nachbarn, die dort bisher eine verwilderte Wiese mit Obstbäumen hatten, die Veränderung bitter fänden. Aber man müsse den Kindern in dieser Stadt solche Orte verschaffen.

Frau Schiemann stimmt dem zu, man brauche diese 80 Kindergartenplätze in Woltmershausen, und zwar so schnell wie möglich. Es habe mehrere Versammlungen im Stadtteil gegeben, wo auch auf die Bedenken der Einwohner*innen eingegangen wurde. Dass diese Veränderung für die Anwohner vielleicht nicht nur angenehm sei, sei durchaus bewusst. Aber die Interessenabwägung finde hier zugunsten der Kinder und der Eltern statt, die einen Kitaplatz benötigten.

Beschluss:

- 1. Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft fasst den Beschluss, dass gemäß § 4a Abs. 3 BauGB von einer erneuten öffentlichen Auslegung des vorhabenbezogenen Bebauungsplanes 127 (Vorhaben- und Erschließungsplan) für die Errichtung einer Kindertagesstätte auf dem Grundstück Woltmershauser Straße 450 – 454, Blockinnenbereich zwischen Goosekamp, Auf dem Bohnenkamp, Huchtinger Straße und Woltmershauser Straße in Bremen-Woltmershausen (Bearbeitungsstand: 06.10.2017) abgesehen wird.*
- 2. Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft beschließt in Kenntnis der eingegangenen Stellungnahmen und ihrer empfohlenen Behandlung (Anlage zum Bericht) den Bericht zum Entwurf des vorhabenbezogenen Bebauungsplanes 127 (Vorhaben- und Erschließungsplan) für die Errichtung einer Kindertagesstätte auf dem Grundstück Woltmershauser Straße 450 – 454, Blockinnenbereich zwischen Goosekamp, Auf dem Bohnenkamp, Huchtinger Straße und Woltmershauser Straße in Bremen-Woltmershausen (Bearbeitungsstand: 06.10.2017)*

Zustimmung

gegen die Stimme der Fraktion der FDP und bei Enthaltung der Fraktionen der CDU und DIE LINKE

TOP 8	Bebauungsplan 1550 für ein Gebiet in Bremen-Vegesack zwischen Weserstraße 64 – 73, Weser und Schulkenstraße (Modifizierter Planaufstellungsbeschluss, beschleunigtes Verfahren gem. §13a BauGB) -BBN-	Vorlage 19/333
--------------	--	----------------

Herr Senator Dr. Lohse erläutert die Geschichte und die Inhalte der Vorlage.

Frau Dr. Schaefer begrüßt, dass hier eine Entwicklung stattfindet. Es habe selten in Vegesack so viel Aufruhr und Aufregung um eine Planung gegeben, wie damals um das hohe Haus. Dieses hätte im Bereich der Weserstraße und des Stadtgartens wie ein Fremdkörper gewirkt. Die neuen Planungen teilen diesen massiven Baukörper in zwei kleinere Gebäude, die die Höhe der Gebäude in der Weserstraße nicht überschreiten. Für die Vegesacker Bevölkerung sei das wichtig, weil der Stadtgarten ein Naherholungsgebiet sei, von dem aus man nicht auf ein solch massives Hochhaus schauen wolle, wie es in der ersten Planung vorlag. Für die weiteren Planungen sei Einfühlungsvermögen angebracht. Es sei auch wichtig, dass sich die Fassaden an den Charakter der Weserstraße und das maritime Flair anpassen.

Herr Buchholz kritisiert, dass die Vorlage leider erst am Montag vorgelegen habe und er daher keine Gelegenheit zur Beratung in seiner Fraktion hatte. Die jetzt vorgelegte Planung solle ein grundlegender Neustart sein. Aber zu einem grundlegenden Neustart gehörten eben auch Überlegungen, wie man mit dem umgeht, was an der Stelle immer noch stehe. Das alte Vulkan Verwaltungsgebäude wurde von einem namhaften Architekten, Rudolph Jacobs, errichtet. Er erneuert seine Kritik, dass nicht ein Bezug genommen werde zu diesem Bauwerk, das architektonisch sehr ansprechend sei, auch wenn klar sei, dass es nicht möglich sein werde, darin Wohnraum zu errichten und dieses Gebäude in Gänze zu erhalten. Er vermisse in dieser Deputationsvorlage, dass es ursprünglich drei Modelle gegeben habe. Nur über ein einziges Modell davon wurde damals gesprochen. Wenn die Absicht hier in dieser Deputationsvorlage sei, das bisherige Bauvolumen beizubehalten, wohlgerne dieses einen Vorschlag, des hohen Hauses, und es auf zwei Standorte zu verteilen, dann sei das sicher ein Schritt in die richtige Richtung. Es bleibe aber bei dem Bauvolumen. Und es bleibe bei der Tatsache, dass hier ein ganz anderer Standort angepeilt werde als der, an dem das Verwaltungsgebäude zurzeit stehe. Das verändere nicht nur das Gesicht der Weserstraße, das verändere auch das Gesicht der Bebauung an der oberen Geestkante vom Stadtgarten aus gesehen. Man müsse also sehr sensibel vorgehen. Er wäre froh, wenn diese Vorlage nicht heute beschlossen werden würde, sondern wenn man darüber weiter diskutieren könnte. Daher werde er sich enthalten. In der Sitzung des Vegesacker Beirats sei dieses Bauvorhaben als eines unter vielen, die in einer Planungskonferenz auf den Weg gebracht wurden, angesprochen worden. Es wurde nichts dezidiert vorgestellt, so dass nicht gesagt werden könne, dass die Bürgerinnen und Bürger über einen gesonderten TOP informiert worden wären. Er lege also größten Wert darauf, dass die Menschen, die es betreffe, auch mitgenommen werden und zwar zeitgerecht.

Frau Neumeyer stellt fest, dass Einigkeit darüber bestehe, dass an der Stelle Ecke Schulkenstraße /Weserstraße etwas passieren müsse. Ebenso, dass man nach dem Desaster um das Hohe Haus sehr sensibel mit diesem Ort umgehen müsse, wenn man dort etwas erreichen wolle. Es sei bedauerlich, dass das Protokoll der Beiratssitzung noch nicht vorliege. Auch nach ihrer Information sei diese Planung in der Menge anderer Dinge besprochen worden und direkte Fragen wurden nicht beantwortet, so auch die Frage nach der Höhe. Die Menschen vor Ort und auch der Beirat müssen mitgenommen werden, damit die Planungen auch Akzeptanz finden. Aber es werden wieder die gleichen Fehler gemacht und daher werde sich auch ihre Fraktion heute enthalten.

Frau Sprehe erklärt, dass der Beiratsbeschluss richtig wiedergegeben sei. Das historische Gebäude wurde für nicht erhaltenswert befunden und es sei auch darüber gesprochen worden, ab welcher Höhe man von einem Hochhaus spreche. Alles Weitere werde sich dann entscheiden, wenn die weiteren Planungen vorliegen. Dass dort Wohnungsbau entstehen solle, unterstütze sie und hoffe, dass sich die neuen Gebäude zum Bereich der alten Weserstraße hin auch in der Materialität besser anpassen, als bei der ersten Planung.

Herr Bücking erinnert, dass es zum ersten Durchlauf diese Bürgerversammlung gegeben habe, wo es eine einmütige Ablehnung gegeben habe. Auf dieses sehr gewichtige Signal aus dem Stadtteil wurde reagiert, indem das Verfahren abgebrochen wurde. Nun werde mit einem Planaufstellungsbeschluss ein Neuanfang gemacht. Unter den Planungszielen fänden sich einige bedeutsame Rahmensetzungen: Man bleibe unter der Hochhausgrenze. Das Volumen entspreche dem Volumen des jetzigen Bebauungsplanes und werde auf zwei Baukörper aufgeteilt und es werde die ortsübliche Materialität vorgegeben. Diese Chance dürfe Bremen-Nord nicht verspielen.

Frau Bernhard hätte gerade vor dem Hintergrund der Diskussionen um den vorigen Entwurf diese Planungen ausführlicher in der Fraktion diskutiert, was aufgrund der kurzfristigen Vorlage nicht möglich war. Der Beiratsbeschluss sei nicht eindeutig, auch dazu hätte sie gerne ein dezidierteres Feedback gehabt. Sie werde sich daher ebenfalls enthalten. Sie sei ein bisschen besorgt über die Referenzhöhe, die bei 38 m über NHN liege. Es werde sich zeigen, wie das Gebäude letztendlich aussähe, ob es sich an die baulichen Gegebenheiten anpasse. Aber angesichts der Entwurfszeichnung sei sie skeptisch.

Frau Dr. Schaefer weist darauf hin, dass laut der Planungsziele die maximal zulässige Fußbodenhöhe des letzten Geschosses 22 m über Geländeoberfläche liegen dürfe. Dies sei wichtig für die Menschen vor Ort. Das Gebäude werde damit so hoch wie die umliegenden Dächer. Ja, womöglich ändere sich das Gesicht und die Aussicht der Weserstraße. Es ändere sich aber auch vieles zum Guten. Die Reize der vorhandenen Bebauung seien begrenzt. Wichtig sei, dass es eine qualifizierte Freiraumplanung in enger Abstimmung mit den Gestaltungsprinzipien des Stadtgartens geben werde und insgesamt viel mehr Grünfläche als jetzt geplant sei. Die Autos sollen in einer Tiefgarage verschwinden. Das alles seien auch Chancen und es werde am Ende darauf ankommen, wie das Gebäude tatsächlich ausgestaltet sein werde.

Herr Pohlmann hält es für einen großen Erfolg für Bremen-Nord dass es gelungen sei, nachdem der durchaus diskussionswürdige Vorschlag eines renommierten Architekten aus verschiedenen Gründen nicht die Mehrheit gefunden habe, einen neuen Vorschlag hinzubekommen. Es sei ein wichtigstes Signal, dass der Investor immer noch bereit sei Geld in Bremen Nord zu investieren.

Herr Donaubauer berichtet, dass er den Sprecherausschuss des Beirates über die Absicht informiert habe, die Deputation heute mit dieser Vorlage zu befassen. Dort wurde über die Tagesordnung befunden und die Frage, wie dieser Punkt im Beirat aufgerufen werden solle. Im Beirat kam erwartungsgemäß die Frage nach der Höhe. Die bauordnungsrechtliche Definition von 22 m entspreche hier sechs bis sieben Geschossen. Große Unklarheiten habe er nicht wahrgenommen. Insofern sei im Sinne des Beirätegesetzes eine hinreichende Vorbefassung der Ortspolitik erfolgt. Im weiteren Verfahren gehe der BPlan auch in die Beteiligung.

Beschluss:

- 1. Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft fasst unter Aufhebung ihres Planaufstellungsbeschlusses vom 06.09.2007 den Beschluss, dass für das im Übersichtsplan bezeichnete Gebiet in Bremen-Vegesack zwischen Weserstraße 64-73, Weser und Schulkenstraße das Bebauungsplanverfahren mit modifizierten Zielen und Zwecken bei unverändertem Geltungsbereich weitergeführt werden soll (Neufassung des Planaufstellungsbeschlusses zum Bebauungsplan 1550). Die Planung soll im Grundsatz die in der Deputationsvorlage enthaltenen Ziele und Zwecke verfolgen.*
- 2. Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft fasst den Beschluss, dass der Bebauungsplan 1550 für das im Übersichtsplan bezeichnete Gebiet in Bremen-Vegesack zwischen Weserstraße 64-73, Weser und Schulkenstraße im beschleunigten Verfahren gemäß § 13a BauGB aufgestellt werden soll.*

Zustimmung

bei Enthaltung der Fraktion der CDU, DIE LINKE und der FDP

TOP 9	Fortschreibung der Maßnahmen zur Erhöhung der Verkehrssicherheit und Verbesserung der Radverkehrsführung an ampelgeregeltten Kreuzungen	Vorlage 19/314
--------------	--	----------------

Herr Saxe begrüßt die Fortsetzung der Maßnahmen. Bremen müsse mehr tun für die Verkehrssicherheit. Hiermit würden die Verkehrsarten Fußgänger- und Radverkehr auseinandergezogen und damit die Sicherheit für beide schwächeren Verkehrsarten verbessert.

Beschluss:

Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft (S) stimmt der Durchführung und der vorgeschlagenen Finanzierung der Maßnahme zu.

Zustimmung

gegen die Stimmen der Fraktion der CDU

	Berichte der Verwaltung	
TOP 10a)	Sachstand „In den Wellen“ -30, BBN -	BdV schriftlich

Herr Saxe erklärt, dass seine Fraktion diese Bebauung am Trinkwasserentnahmegebiet problematisch finde. Auch wegen der verkehrlichen Anbindung sei das Bauvorhaben problematisch.

Beschluss:

Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft (S) nimmt den Bericht der Verwaltung zur Kenntnis.

TOP 10b)	Sachstand „Aumunder Wiesen II“ Unerlaubte Baumfällungen -30-	BdV schriftlich
-----------------	---	--------------------

Herr Saxe führt aus, dass die Grüne Fraktion dieses Thema Baumschutz bei Baumaßnahmen schon öfter bewegt habe und großen Handlungsbedarf sehe. Ein solcher Kahlschlag dürfe nicht vorkommen. Er wünsche eine Handhabe zu bekommen, um so etwas im Vorfeld erfahren zu können und dass ein Baumfrevler an solch einer Stelle auch so schlimm bestraft werde, wie er es verdiene. Der rechtliche Rahmen sei sehr unbefriedigend und sollte so verändert werden, dass man mehr Baumschutz hinbekomme.

Beschluss:

Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft (S) nimmt den Bericht der Verwaltung zur Kenntnis.

TOP 10c)	Abriss von Kaisenhäusern über den Kommunalinvestitionsförderungsfonds? -6, 12-	BdV schriftlich
-----------------	--	--------------------

Beschluss:

Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft (S) nimmt den Bericht der Verwaltung zur Kenntnis.

TOP 10d)	Rennbahnquartier Bremen -SBD, 6-	BdV schriftlich
-----------------	--	--------------------

Herr Imhoff erinnert an eine E-Mail an Herrn Senator Dr. Lohse, die noch unbeantwortet sei.

Herr Senator Dr. Lohse bittet um erneute Übersendung der Mail der CDU-Fraktion über das Senatorenbüro und sagt eine Antwort zu.

Herr Pohlmann erinnert an die Diskussionen zum Rennbahnquartier, auch in der Bürgerschaftsdebatte. Es gebe unterschiedliche Positionen, auch innerhalb einzelner Fraktionen. Vor Ort wurde das Thema in vielfältigen Debatten mit der Bevölkerung, auch mit den Anwohner*innen aus der Vahr und mit den Vertreter*innen des Bauressorts und auch des Wirtschaftsressorts diskutiert. Von Seiten der Koalition habe er deutlich gemacht, dass dieses Rennbahnquartier für den Wohnungsbau in Bremen gebraucht werde. Bei der Frage nach dem Golfclub und einer Zwischenlösung mit der Rennbahn sei man große Schritte vorangekommen, um dies praktikabel zu lösen. Und zuletzt habe man hier die Möglichkeit, gerade auch im Bremer Osten, den auch von der CDU immer wieder eingeforderten Reihenhausbau umsetzen zu können.

Beschluss:

Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft (S) nimmt den Bericht der Verwaltung zur Kenntnis.

TOP 10e)	Sachstand Lucie-Flechtmann-Platz -7-1-	BdV mündlich
-----------------	--	------------------------

Herr Imholze berichtet anhand einer Präsentation von den aktuellen Planungen.

Herr Saffe begrüßt die Möglichkeit eines Urban Gardening Projektes in zentraler Lage.

Beschluss:

Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft (S) nimmt den Bericht der Verwaltung zur Kenntnis.

TOP 10f)	Sachstandsbericht zum Ersatzbau der Straßenbrücke BW 904 „Im Dorfe/ Braut-Eichen“ ü. d. Schönebecker Aue -ASV-	BdV schriftlich
-----------------	---	--------------------

Frau Neumeyer bedauert die Verzögerung, zumal die Brücke für das obere Schönebeck eine wichtige Verbindung zu den anderen Stadtteilen in Bremen Nord sei.

Beschluss:

Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft (S) nimmt den Bericht der Verwaltung zur Kenntnis.

TOP 10g)	Maßnahmen an der Stephanibrücke -ASV-	BdV schriftlich
-----------------	---	--------------------

Frau Sprehe begrüßt, dass alternative Maßnahmen geprüft werden, um dort eine Entlastung rechnerisch darzustellen. Die Sperrung der Fuß- und Radwege erfolge, um Menschenansammlungen dort zu verhindern. Aus statischen Gründen sei es nachvollziehbar, dass dies in die Berechnungen mit einfließen müsse.

Herr Strohmann möchte wissen, warum die Einhaltung der angeordneten Maßnahmen auf den Fahrbahnen, 50 m Abstand und Überholverbot für LKW nicht wirkungsvoll durchgesetzt werden könne, z.B. über Kontrollen und Sanktion von Verstößen. Er wolle nicht riskieren, dass eine der Fahrbahnen gesperrt werden müsse, weil die angeordneten Maßnahmen nicht eingehalten werden.

Herr Saxe weist darauf hin, dass eine Sperrung einer der Fahrbahnen zu vermeiden sei, da dies gerade für die Überseestadt zum Verkehrskollaps führen würde. Trotzdem frage er sich,

ob die halbseitige Sperrung der Fuß- und Radwege eine wirkungsvolle Maßnahme sei. Es müssten sich schon 3.000 übergewichtige Männer und Frauen zu einem Flashmob verabreden, um die Brücke zum Einstürzen zu bringen. Und zwar erst dann, wenn oben auch die maximale Auslastung erreicht sei. Trotzdem müsse man diesen theoretischen Fall betrachten. Für die Fahrbahnen wurden Schilder aufgestellt, Überholverbot und 50 m Abstand. Das tagtäglich vorhandene Problem lasse sich mit diesen Schildern aber nicht lösen. Also müsse man es erst wirkungsvoll hinbekommen, dass diese Verkehrsanordnungen eingehalten werden. Er möchte wissen, ob in Bremen bei allen Brücken die gleichen Lastmodelle als Berechnungsgrundlage verwendet werden und wie lange die Beulen im unteren Bereich der Brücke bekannt seien.

Herr Senator Dr. Lohse betont, dass das Ziel sei, diese Brücke so lange wie möglich unter Verkehr zu halten. Bremen verfüge nur über zwei schwerlastfähige Brücken, neben der Stephanibrücke sei dies die Weserstrombrücke. Man könne sich also ausmalen, was eine Sperrung einer Fahrbahn auf der Stephanibrücke für Auswirkungen haben würde.

Herr Sauer erläutert, dass es unterschiedliche Lastmodelle gebe, mit denen man diese Brücken berechne. Der Bund erwarte bis 2030 ein bestimmtes Lastmodell für alle Brücken, über die Schwerverkehr fahre. Wenn dieses Lastmodell nicht klappe, so wie das hier bei der Stephanibrücke der Fall sei, gehe man in das nächste Lastmodell runter. Dies setze aber voraus, dass Kompensationsmaßnahmen getroffen werden. Dies sei die Anordnung „Abstandsgebot“ und „Überholverbot für LKW“. Die Sperrung im unteren Brückenbereich habe einen anderen Hintergrund. Hier gehe es um das Problem des Beulens. Dieses Beulen beobachte man schon etwas länger und habe es auch schon nachgerechnet. Bisher war dies ein lokales Problem auf eine bestimmte Breite der Brücke, auf einen bestimmten Stoß von Schrauben beschränkt. Durch die Nachrechnung habe sich herausgestellt, dass es nicht mehr um ein lokales Problem gehe, sondern ein sehr großer Bereich betroffen sei. Es handele sich um ein richtiges Tragsicherheitsproblem. Die Schrauben in den Hauptträgern seien bis zu 150% ausgelastet. Folglich müsse Last aus diesen gefährdeten Bereichen herausgenommen werden. Dies erfolge durch die Absperrung. Dadurch konnten 230 To an Last herausgerechnet werden. Damit könnte es gelingen, das Bauwerk in den nächsten Nachrechnungsstufen zu halten. Ansonsten müssten Maßnahmen im oberen Bereich getroffen werden. Man habe beidseitig 4,50 breite Geh- und Radwege. Davon wurden 2 m abgesperrt und insofern stehen auf jeder Seite immer noch 2,50 m für den Geh- und Radverkehr zur Verfügung. Über die Fahrbahnen der Brücke fahren täglich 100.000 Fahrzeuge, es handele sich um die zweithöchstbelastete Brücke in ganz Bremen, eine von zwei schwerlastfähigen. Darüber laufen alle genehmigungspflichtigen Transporte in die Häfen und in das GVZ. Daher habe man in der Abwägung entschieden, dass eine Sperrung der Fuß- und Radwege die am geringsten belastende Maßnahme sei.

Frau Pieper sagt zu, auch unter Einbeziehung der Polizei zu prüfen, wie die angeordneten Maßnahmen ordnungspolizeilich durchgesetzt werden können. Die Antwort dazu wird durch das ASV an **Herrn Strohmann und Herrn Saxe** nachgereicht.

Beschluss:

Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft (S) nimmt den Bericht der Verwaltung zur Kenntnis.

TOP 10h)	Asbest in Wohnungen der Gewoba -1-	BdV schriftlich
-----------------	--	-----------------

Frau Bernhard fragt nach den kommunalen Einwirkungsmöglichkeiten auf andere Wohnungsbaugesellschaften, damit diese ebenso informieren und sanieren.

Herr Schwarz antwortet aus seiner beruflichen Erfahrung, dass die privaten Wohnungsbaugesellschaften mit dem Thema sehr sorgsam umgehen und schon im eigenen Interesse eine Beprobung bei größeren Umbauten vornehmen würden. Die Unternehmen wüssten, was sie bei einer anstehenden Sanierung zu tun haben.

Beschluss:

Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft (S) nimmt den Bericht der Verwaltung zur Kenntnis.

TOP 11	Verschiedenes	
TOP 11a)	Sachstand Kelloggs-Gelände	

Herr Senator Dr. Lohse erinnert an die gemeinsame Sitzung mit der Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen am 7. Juni 2017. Die Gespräche zwischen dem Senat und dem Unternehmen Kellogg´s im Hinblick auf die Entwicklung der Fläche des Unternehmens wurden in der Zwischenzeit sehr intensiv geführt, maßgeblich von der Wirtschaftsförderung Bremen (WFB) und dem Senator für Wirtschaft, Arbeit und Häfen (SWAH). Am vergangenen Montag haben Herr Bürgermeister Dr. Sieling und Vertreter von Kellogg´s einen Letter of Intent (LoI) unterzeichnet. Darin werde umrissen, wie die Fläche entwickelt werden solle. Bremen und Kellogg´s verfolgten gemeinsam das Ziel, auf der Grundlage eines zu entwickelnden städtebaulichen Vertrages eine abgestimmte, zukunftsfähige Projektentwicklung dort vorzunehmen. Bis Mai nächsten Jahres solle eine erste Stufe dieses Vertrages ausgehandelt sein, damit dann die Veräußerung der Flächen durch Kellogg´s erfolgen könne. Es gebe einen Kaufinteressenten, der diese Fläche entwickeln möchte. Der LoI sei so formuliert, dass dieser ggf. in die Absprachen mit der Stadt eintrete. Inhaltlich gehe es um Hochwasserschutz, die Altlastensanierung, die Erschließung aber auch Fragen der sozialen Infrastruktur, der Grün- und Freiraumplanung. Für den Fall, dass ein Vertrag mit diesem Dritten nicht zustande komme, sei ein fester Bodenwert festgelegt worden, zu dem dann der Bremer Senat ein Vorkaufsrecht ausüben könnte. Es werde im Moment mit SWAH und Kellogg´s abgestimmt, ob und inwieweit der LoI den Deputierten zur Verfügung gestellt werden könne.

Frau Bernhard fragt nach dem Zeitplan und Einzelheiten der städtebaulichen Entwicklung, der Erschließung oder der Grün- und Freiraumplanung. Für einen Teil der Fläche bestehe ein Vorkaufsrecht, den anderen Teil könnte doch Bremen erwerben.

Herr Senator Dr. Lohse erklärt, dass der LoI eine Absichtserklärung sei, genau diese Dinge zu erarbeiten und in der ersten Stufe des städtebaulichen Vertrages konkret zu vereinbaren. Dieser Prozess solle mit entsprechender Beteiligung durchgeführt werden. Das zivilrechtlich vereinbarte Vorkaufsrecht beziehe sich nur auf eine Teilfläche, das Erwerbsinteresse beziehe sich aber auf die ganze Fläche.

Herr Viering ergänzt, dass unabhängig von den Verhandlungen mit Kellogg´s für den südlichen Europahafen ein Rahmenplan entwickelt werden solle. Ein solcher könne keineswegs innerhalb von ein paar Monaten fertig werden. Es müsse nun ein Weg gefunden werden, um schneller als mit einem Rahmenplan erste Aussagen zu treffen, aber gleichzeitig eine Offenheit zu behalten. Daher solle mit sogenannten Vorstudien begonnen werden, die verschiedene Alternativen erarbeiten sollen. Daraus werde dann ein Korridor beschrieben, der Gegenstand dieses städtebaulichen Vertrages werden solle. In der Phase müsse dann ein Weg gefunden werden, die politischen Vertreter, die Ortspolitik und all diejenigen, die sonst bei solchen Planungen auch eine Rolle spielen, einzubinden.

Herr Pohlmann stellt fest, dass das, was im Senat in Abstimmung mit den Ressorts Wirtschaft und Bau, mit Kellogg´s vereinbart wurde, ein guter und wichtiger Schritt sei. Er erinnert an den Stadtdialog Überseestadt, wo weit über diesen Bereich hinaus die Entwicklung einer Gesamtperspektive der Überseestadt mit den angesprochenen Fragestellungen wie soziale Infrastruktur, Grünraumplanung, bis hin zu Verkehrsfragen sehr intensiv diskutiert wurde. Er erwartet, dass die Deputierten sowohl für Bau, aber auch für Wirtschaft, im weiteren Verlauf eng eingebunden werden und regelmäßig Bericht erstattet bekommen.

Beschluss:

Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft (S) nimmt den Bericht der

Verwaltung zur Kenntnis.

TOP 11b)	Deputationsreise	
-----------------	-------------------------	--

Herr Pohlmann gibt bekannt, dass er viele fraktionsübergreifende Gespräche zum Ziel einer Deputationsreise geführt habe. Er schlägt vor, im Frühjahr oder im ersten Halbjahr 2018 nach Leipzig zu fahren. Interessant sei insbesondere die Renaturierung ehemaliger Braunkohlereviere.

Herr Imhoff weist darauf hin, dass man sich dazu noch einen Abstimmungsprozess befinde.

Herr Pohlmann stellt fest, das Leipzig anvisiert werde und über den Zeitpunkt und die inhaltliche Ausgestaltung noch gesprochen werde.

Berichtswünsche zu einer der nächsten Sitzungen:

	Berichtswunsch von	Geplant am
Sachstandsbericht zum Brückenneubau an der Anschlussstelle Huchting auf Höhe der Heinrich-Plett-Allee auf der B 75	Herrn Strohmann	30.11.2017
Wohngeld	Frau Neumeyer	18.01.2017
Querungshilfe Rekumer Straße	Herrn Schwarz	14.12.2017
Sachstand Güldenhaus-Quartier	Frau Bernhard	14.12.2017
Stand Bettenhaus im Hulsberg-Quartier	Frau Bernhard	18.01.2018

Herr Pohlmann schließt die 22. Sitzung der städtischen Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft und dankt den Anwesenden für ihre Teilnahme.

Vorsitzender

Protokoll